

DGB-Rentenkonzept 2008

Fakten und Hintergründe

Durch das Rentenreformgesetz 1992 (RRG 1992), die so genannte Riester-Reform (2001), das Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz (2004) sowie durch das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz (2007) wurde der Leistungsumfang der gesetzlichen Rentenversicherung stark beschnitten. Die so genannte Riester-Treppe, der Nachhaltigkeitsfaktor sowie der Nachholfaktor senken das „Nettorentenniveau vor Steuern“ nach den Modellrechnungen der Bundesregierung bis 2030 um ca. ein Fünftel (von 53 auf 43 Prozent). Anrechnungszeiten wurden abgeschafft (insbesondere die Anerkennung der Ausbildungszeiten), die Rentenbeiträge bei Langzeitarbeitslosigkeit drastisch vermindert. Die systematisch gerechtfertigte Entscheidung für den Übergang zur nachgelagerten Besteuerung verringert die Nettorenten zusätzlich.

Den Leistungsver schlechterungen stehen zwar auch einzelne Verbesserungen gegenüber – wie z. B. bei der Absicherung bei Kindererziehung –, doch insgesamt sinkt der Leistungsumfang der gesetzlichen Rentenversicherung um ca. ein Drittel. Erreicht wurde damit zwar, dass der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung nicht, wie in den achtziger Jahren noch prognostiziert, auf bis zu 40 Prozent im Jahr 2030, sondern nur noch auf voraussichtlich ca. 22 Prozent steigen wird. Andererseits werden die Rentner/innen durch die veränderte Rentenformel vom Lohnzuwachs weitgehend abgekoppelt, die Arbeitgeber erfahren eine Entlastung von den finanziellen Lasten einer solidarischen Alterssicherung, und die Arbeitnehmer/innen und die Steuerzahler/innen werden durch die „Teilprivatisierung“ der Alterssicherung spürbar belastet.

Eine auskömmliche Alterssicherung zu erreichen wird aber nicht nur durch die Leistungskürzungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung erschwert, sondern auch durch die Veränderung in der Arbeitswelt. Leiharbeit, Mini-Jobs, Ein-Euro-Jobs, Armutslöhne und befristete Beschäftigung prägen inzwischen für Millionen von Menschen den Alltag:

- Zwei Millionen Menschen kommen mit einer Arbeitsstelle nicht aus und sind in zwei oder mehr Beschäftigungsverhältnissen tätig.
- Rund 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten zu Löhnen unterhalb der Hälfte des Durchschnittslohns – die meisten davon sind Frauen.
- 650.000 Menschen arbeiten als Leiharbeiter/innen – jeder achte davon verdient so wenig, dass er zusätzlich SGB II-Leistungen benötigt.
- Daneben gibt es 6,9 Millionen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse.
- Die Hälfte aller Selbständigen – und damit über zwei Millionen Menschen – sind so genannte Solo-Selbständige. Häufig leben sie in prekären Erwerbsverhältnissen und sind nicht selten als „Scheinselbstständige“ tätig.
- Dazu kommt die weiterhin hohe Langzeitarbeitslosigkeit – zurzeit sind 1,175 Millionen Menschen länger als 12 Monate arbeitslos gemeldet.

Schon in den vergangenen Jahren sind die durchschnittlichen Renten der Neuzugänge stark gesunken (Tabelle 1) – als Folge der Einschnitte in die Rentenleistungen, aber auch als Folge der Lücken in den Versicherungsbiografien.

Tab. 1 Durchschnittliche Höhen der Versichertenrenten

	2000 (Betrag in Euro)	2006 (Betrag in Euro)
westdeutsche Männer	883	790
westdeutsche Frauen:	461	434
ostdeutsche Männer:	883	836
ostdeutsche Frauen:	668	660

Wie sehr die Altersarmut in den nächsten Jahren zunehmen wird, ist schwierig zu prognostizieren. Die veränderte Arbeitswelt wird aber tiefe Spuren in den Versicherungsbiografien hinterlassen. Dies wurde zuletzt wieder in der Studie „Altersvorsorge in Deutschland 2005 (AVID '05) deutlich. Tabelle 2 zeigt exemplarisch die zunehmende Bedeutung von (Langzeit-) Arbeitslosigkeit für die Versicherungsbiografien auf.

Tab. 2 Anteil von Personen mit Arbeitslosigkeit von mind. 1 Jahr und durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit¹

	Alte Bundesländer				Neue Bundesländer			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	1942-1946	1957-1961	1942-1946	1957-1961	1942-1946	1957-1961	1942-1946	1957-1961
%	38	54	39	59	67	56	72	72
Dauer	5,8	6,6	4,1	4,7	5,2	10,3	4,9	9,9

Tabelle 3 stellt dar, dass Personen, die von längerer Arbeitslosigkeit betroffen waren bzw. geringfügig oder selbstständig tätig waren, deutlich unterdurchschnittliche Anwartschaften auf Alterseinkommen haben. Die jüngeren Jahrgänge (1957-1961) werden im Vergleich zu den älteren Jahrgängen (1942-1946) voraussichtlich deutlich häufiger „Kleinrenten“ unterhalb oder an der Grundsicherungsschwelle erhalten (Tabelle 4).

¹ Lesebeispiel: 54 Prozent der Männer in den alten Bundesländern der Jahrgänge 1957 bis 1961 werden bei Rentenzugang mindestens 12 Monate Arbeitslosigkeit aufweisen. Diese 54 Prozent werden im Durchschnitt 6,6 Jahre in Arbeitslosigkeit verbracht haben.

Tab. 3 Zusammenhang von Biografie-Episoden und Alterseinkommen

**Höhe der Netto-Alterseinkommen nach Vorhandensein entspr. Biographie-Episoden (in €)¹
- Deutsche der Geburtsjahre 1942 – 1961**

	Alte Bundesländer				Neue Bundesländer			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	€	%	€	%	€	%	€	%
Gesamtdurchschnitt	1.628	100	816	100	1.036	100	909	100
Selbstständig	1.212	74	714	88	848	82	813	89
Geringfügig	1.277	78	625	77	831	80	720	79
Arbeitslos	1.259	77	737	90	873	84	797	88
Haushalt mit Kind	-	-	692	85	-	-	857	94

¹ Summe der Monate der jeweiligen Kategorie mindestens 12 Monate vom 15. bis 65. Lebensjahr.

Quelle: Altersvorsorge in Deutschland 2005, eigene Berechnungen

Tabelle 4: „Kleinrenten“

	400 bis 699 Euro
Männer West	13% (+ 5%)
Männer Ost	29% (+ 20%)
Frauen West	39% (+ 11%)
Frauen Ost	44% (+ 12 %)

Berechnungen in der AVID '05 und des Sozialbeirats zeigen zudem jeweils, dass es für die Arbeitnehmer/innen in den nächsten 15 bis 20 Jahren immer schwieriger wird, die Lücken in der Alterssicherung durch zusätzliche Vorsorge zu schließen. Selbst wenn ein Arbeitnehmer die Riester-Förderung in vollem Umfang in Anspruch nimmt, wird sich sein Gesamtversorgungsniveau tendenziell verschlechtern (vgl. Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2007, S. 39; AVID S. 271 ff).

In der sozialpolitischen Debatte muss die steigende Gefahr von Altersarmut gemeinsam mit den allgemeinen Abstiegsängsten vieler Arbeitnehmer/innen diskutiert werden. Die Sicherung des Lebensstandards im Alter ist für fast alle Arbeitnehmer/innen eine große Herausforderung und mit Sorgen behaftet.